

# Laibacher Zeitung.

Nr. 290.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Aufstellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50

Dienstag, 17. Dezember

Insertionsgebühr die 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl., sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 50 fr.

1872.

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben den neuernannten königlich württembergischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Kammerherrn v. Baur-Breitenfeld am 9. d. M. in besonderer Audienz zu empfangen und aus seinen Händen dessen Beglaubigungsschreiben entgegenzunehmen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät geruhten mit Allerhöchster Entschliessung vom 10. Dezember d. J. den k. k. Regattencapitän Joseph Bichler zum Vorstande der zweiten Abtheilung der ersten Geschäftsgruppe in der Marineinspection des Reichskriegsministeriums allergnädigst zu ernennen.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Moriz Faber jun., August v. Barber und Wilhelm Linzer die Bewilligung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft unter der Firma „Wiener Spar- und Kreditbank“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien und dem k. ungar. Ministerium für Ackerbau, Industrie und Handel den Herren Achilles Thommen und Dr. Hermann Grünbaum die Bewilligung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft unter der Firma „Oesterreichisch-ungarische Eisengießerei, Maschinen- und Waggonfabriks-Aktiengesellschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Dr. Maximilian Steiner, Leo Karo, Dr. Rudolf Benz und De Laglio die Bewilligung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft unter Firma „Internationale Gesellschaft für Ausrüstung und Bau von Eisenbahnen und Beschaffung und Vermietung von Eisenbahn-Betriebsmaterial“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Am 14. Dezember 1872 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slowenische, kroatische und romanische Ausgabe der am 3. und 10. September 1872 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen Stücke XLVI und XLVIII des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Das XLVI Stück enthält unter Nr. 128 den Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem Kaiserthume Japan vom 18. October 1869.

Das XLVIII Stück enthält unter Nr. 133 die Concession vom 10. August 1872 zum Bau und Betrieb einer Locomotiveisenbahn mit Zahnradbetrieb von Nussdorf auf das Plateau des Kahlenberges;

Nr. 134 die Concession vom 10. August 1872 zum Bau und Betrieb einer Locomotiveisenbahn mit Zahnradbetrieb von St. Wolfgang auf die Spitze des Schafberges;

Nr. 135 die Kundmachung des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 25. August 1872, betreffend das Organisationsstatut für die Akademie der bildenden Künste in Wien;

Nr. 136 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 6. März 1869 bezüglich der Umwechslung der neuen Titel der einheitslichen Staatsschuld, welche als Cautionen zu öffentlichen Zwecken haften oder auf Corporationen, Kirchen, Stiftungen u. dgl. lauten.

(Wr. Ztg. Nr. 287 vom 14. Dezember.)

## Nichtamtlicher Theil.

### Bur Wahlreform

läßt sich auch eines der hervorragendsten französischen Blätter, das „Journal des Debats“ vernehmen.

Der betreffende Artikel gibt Zeugnis, daß er aus informierter Quelle geschöpft wurde und mit den österreichischen Verhältnissen wohl bekannt ist.

Der Artikel beginnt mit der Darstellung des Reichsrathes in seiner gegenwärtigen Situation und gibt sich die Mühe, den Föderalisten begreiflich zu machen, daß sie sich nicht im mindesten darüber klar zu sein scheinen, daß die Zusammensetzung des Reichsrathes auf einem rein föderalistischen Prinzipie basiere und mit der Idee des Einheitsstaates in geradem Widerspruch stehe. Aus den Landtagen hervorgegangen, sei der Reichsrath allzu

sehr an dieselben gebunden und hänge geradezu von ihrer Gnade ab. Die Landtage aber werden ihrem ursprünglichen Zwecke entfremdet, vernachlässigen ihre eigenen localen Angelegenheiten und vergeuden (gaspiller) die Zeit mit Fundamentalartikeln, Declarationen, Resolutionen und Adressen an die Krone. Zur Heilung der Uebelstände sei es nothwendig, den Reichsrath von den Landtagen unabhängig zu erklären und die letzteren auf ihren natürlichen Wirkungskreis zu beschränken.

Der Artikel, zu seinem Hauptgegenstande übergehend, sagt: Die Idee, die der Wahlreform zugrunde liegt, ist theoretisch vollkommen gerecht und unanfechtbar. Soll Oesterreich als ein moderner Staat, als eine Großmacht, stark und geeinigt existieren und nicht als ein formloses Agglomerat von Königreichen und Provinzen, dann muß die allgemeine Staatsidee, die Idee des einheitlichen Oesterreichs in einem Parlamente gebührend repräsentiert und verkörpert werden. Die localen und nationalen Interessen haben ihre Vertretung in den Landtagen; es ist nothwendig, daß jene allgemeinen Interessen, die allen Nationalitäten Oesterreichs gemeinsam sind, in gleicher Weise ihre eigene und unabhängige Vertretung finden. Ist einmal der gesamtösterreichische Gedanke in einem wirklichen Parlamente verkörpert, so kann man gefahrlos die Befugnisse der Landtage im Kreise localer Angelegenheiten nach dem Prinzip der Selbstverwaltung erweitern. Wenn dies der Plan des Ministeriums Auersperg ist, wenn es zum mindesten nicht beabsichtigt, unter dem Vorwande einer Reform den örtlichen Freiheiten ein Bein zu stellen und die administrative Centralisation, welche stets von Nachtheil ist, zu steigern, sondern wenn sein Zweck nur dahin geht, die politische Centralisation, welche in unseren Tagen überall unerlässlich ist, zu befestigen; so können wir demselben nur zustimmen. Man darf der Hoffnung Raum geben, daß eine in diesem Sinne unternommene Reform die Befestigung und Consolidierung Oesterreichs zur Folge haben wird. Alles aber, was zu diesem Erfolge führt, ist höchst wünschenswerth, indem die Existenz eines mächtigen und kräftig gefügten Oesterreich sowohl im Interesse Frankreichs, wie in dem von ganz Europa gelegen ist.

Der Artikel betont nun die einzelnen Andeutungen, wie sie in letzter Zeit gerüchweise und in mehr oder minder beglaubigter Form über die Details der Wahlreformvorlage auftauchten. Er beschäftigt sich mit der künftigen Abgeordnetenzahl, hebt das Misverhältnis hervor, welches diesbezüglich zwischen den Vertretungen der beiden Reichshälften waltet, und fährt also fort: „Die bisherige Ziffer von 203 Mitgliedern wird wahrscheinlich verdoppelt, zum mindesten auf 350 erhöht werden. Eine solche Vermehrung ist nothwendig, um die Würde und den Einfluß des Reichsrathes zu erhöhen und um ihm die Gestalt eines echten Parlaments zu verleihen.“

Auf das Verlangen der Polen nach Sonderstellung zu sprechen kommend, äußert sich der Artikel wie folgt: „Dieser Wunsch verdient in Erwägung gezogen zu werden, um so mehr, als die Polen nicht wie die Tschechen geschworne Feinde der wiener Regierung sind und ihr nicht systematische Opposition machen.“ Allein der Verfasser ist sich der Schwierigkeiten, die der Realisierung dieses Wunsches im Wege stehen, bewußt. Eine solche erblickt er in der Frage, was mit der Ziffer der aus Galizien zu entsendenden Reichsrathsabgeordneten zu geschehen haben werde, falls die directen Wahlen auf dieses Land nicht ausgedehnt werden sollten. Er meint, die Polen würden wohl die Verdopplung der bisherigen Zahl, also statt der Ziffer 38 die von 76 verlangen. Nun zählt aber der lemberger Landtag im ganzen 150 Mitglieder, und mit Recht findet der Verfasser dem Gedanken „bizar, wenn nicht ganz unausführbar“, daß eine Versammlung von 150 Mitgliedern nicht weniger als 76 derselben an den Reichsrath entsende. Es wird nun den Polen der Rath erteilt, sich einer versöhnlichen, entgegenkommenden Haltung zu befleißigen: „Wenn sie einmal (durch ihre Mitwirkung zur Etablierung der directen Wahlen) dem Reiche gegeben haben werden, was des Reiches ist, so werden sie sich auf einem bedeutend festeren Boden befinden, ihre Provinzial-Autonomie zu begehren, als dies heute der Fall ist. Ist die politische Einheit des Reiches durch Einsetzung eines wahrhaften Parlamentes sichergestellt, so wird die centralistische Partei weder den geringsten Schein von Recht noch einen Grund haben, sich ihren berechtigten Wünschen zu widersetzen.“

## Reichsrath.

### 51. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 14. Dezember.

Die Sitzung wird um 12 Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Se. Durchlaucht Ministerpräsident Fürst Auersperg und Ihre Excellenzen die Minister: Freiherr v. Lasser, Dr. Blaser, Dr. Unger, Freiherr de Pretis, Dr. v. Stremaier, Dr. Vanhans, Ritter v. Schumeky und Oberst Horst.

Der Abg. Czerkawski leistet das Gelöbniß. Abg. Benesch legt sein Mandat als Mitglied des Finanzausschusses nieder.

Vom Abg. Groß wird der Antrag auf Revision der Geschäftsordnung und Niederlegung eines Ausschusses von neun Mitgliedern zur Berathung derselben eingebracht.

Finanzminister Freiherr de Pretis überreicht den Staatsvoranschlag für 1873 mit folgendem Exposé:

Das Finanzgesetz pro 1872 stellte den Ausgabe-Etat mit 353,700,000 fl. fest; der Staatsvoranschlag für das Jahr 1873 erfordert eine Summe von 379,300,000 Gulden, also eine Erhöhung von 25,600,000 fl.

Bei der Entwerfung des Voranschlages konnte auf die Kreditherabsetzungen von größerem Betrage nur insoweit Rücksicht genommen werden, als für die Weltausstellung im künftigen Jahre nach Maßgabe des Gesetzes vom 21. Juli 1871 eine Million eingesetzt werden mußte.

Im übrigen treten erhebliche Reductionen nur ein bezüglich der Beitragsquote für die gemeinsamen Angelegenheiten mit 1,100,000 fl., und zwar insolge der höher präliminirten Zolleinnahmen, sodann bei dem Pensionsfonds mit 100,000 fl.

Diesen stehen aber Mehrforderungen gegenüber, welchen sich zu entziehen, zum Theil deshalb nicht möglich ist, weil sie auf vertragmäßigen Leistungen beruhen, und zwar erheischt die Schuldentilgung im Jahre 1873 den Betrag von 12,880,000 fl. gegenüber 7,666,000 fl. des Jahres 1872, welche Erhöhung dadurch hervorgerufen wird, daß eine Quote des 1839er Anlehens per fünf Millionen fällig wird; rechnet man dazu das planmäßige Steigen der übrigen Tilgungs-Annullitäten, so erhöht sich das Erfordernis für die Staatsschuld allein um den Betrag von ungefähr sechs Millionen.

Die Subventionsleistung an Industrie-Unternehmungen wird sich im kommenden Jahre um drei Millionen gegen das Vorjahr höher stellen.

Die Lebhaftigkeit des Verkehrs auf allen Gebieten, die täglich wachsende Geschäftsthatigkeit tritt notwendigerweise mit steigenden Anforderungen an alle Zweige der Staatsverwaltung heran, und in dieser Richtung ist, wenn der Staat einmal auf tüchtige Kräfte soll zählen können, die unabwiesbare Nothwendigkeit, die Bezüge der Staatsbeamten und Diener in einer den heutigen Preisverhältnissen halbwegs angemessenen Weise zu verbessern, bereits anerkannt.

Der diesbezügliche finanzielle Mehraufwand beziffert sich für das Jahr 1873 auf 4 Millionen Gulden (im ganzen 9 Millionen); außerdem mußten an Mehrforderungen für Regieauslagen, namentlich des Handelsministeriums für Post- und Telegraphenwesen mit 3 Millionen dreihunderttausend Gulden präliminirt werden; für das Ackerbauministerium wurden 800,000 Gulden für Staatsdomänen, Bergwesen und Landeskultur und Gutsverwaltung eingestellt; für das Finanzministerium endlich wurde eine Vermehrung von 4 Millionen, fünfhunderttausend Gulden, worunter allein 3 Millionen zum erhöhten Ankauf von Tabakrohprodukten, präliminirt. Zu diesen Aufwands erhöhungen gesellten sich noch jene Beträge, welche durch die Weltausstellung in den verschiedenen Rubriken des Budgets motivirt sind.

Auf die Bedeckung übergehend, bemerkt der Minister daß die laufenden Einnahmen des Jahres 1873 mit 340,771,000 fl., daher um 18,800,000 fl. höher angelegt sind als im Vorjahre.

Davon entfallen, abgesehen von den 3,600,000 fl. an erhöhten Zolleinnahmen, auf die directen Steuern 1,300,000 fl. auf die indirecten 9,700,000 fl.

Im Präliminare des Handelsministeriums erscheint als außerordentliche Einnahme der Betrag von 3,000,000 Gulden eingestellt, welche dem Ausstellungsunternehmen als Vorschuß gewährt wurden und im Jahre 1873 zurück-

zuzahlen sind. Nach Abzug dieser Summe und der aus den laufenden Einnahmen zu deckenden 340,770.000 fl. von dem Gesamtfordernisse per 379,300.000 fl. bleibt noch ein unbedeckter Rest von 35,500.000 fl.

Die Gebarungsergebnisse des Jahres 1872 waren vollständig befriedigend. Die Erträgnisse der direkten und indirekten Abgaben sind so reichlich gewesen, daß eine Heranziehung der für die Bedeckung des Staatshaushaltes gewidmeten außerordentlichen Mittel in keiner Weise nothwendig gewesen ist. (Bravo.)

Die in Aussicht genommene Zahlung der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft pr. 2,200,000 fl., sowie die Einnahme aus den Zentralaktiven pr. 6,000,000 fl. sind nicht realisiert, ebensowenig hat die Regierung von der Ermächtigung, Renten bis zum Betrage von 10,000,000 fl. auszugeben, Gebrauch gemacht.

Die Einnahme von der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft ist im Jahre 1873 mit Sicherheit zu erwarten, und sollte es nicht gelingen, über die Vertheilung der Zentralaktiven mit der ungarischen Regierung ins Reine zu kommen, so würde nöthigenfalls der durch das Finanzgesetz pro 1872 bereits bewilligte Rentenverkauf vorgenommen werden, wofür ein Erlös von 6,500,000 fl. erwartet werden darf.

Außerdem stehen 25,000 Stück Aktien der Franz-Josefsbahn mit einem wahrscheinlichen Werthe von mindestens 5,500,000 fl. zur Verfügung.

Die Staats-Zentralkasse besitzt ferner die für die Schuldentilgung des Jahres 1872 bewilligten, aber nicht begebenen Rententitel, deren Erträgnis auf mindestens 3,789,900 fl. veranschlagt werden darf. Die Kassenreste aus dem Jahre 1872 per 18,000,300 fl. sind zur Bedeckung in diesem Budget nicht herangezogen worden, vielmehr dem durch das ungestüme Treiben der Börse arg bedrängten Geschäftsmarkte vorbehalten.

Wenn auch zur Deckung der starken Erfordernisse der auf die jeweilige Finanzperiode folgenden ersten Jahresmonate ein Fond von 25,000,000 fl. gesichert bleiben muß, so kann selbst nach Abzug dieser Summe ein Betrag von 21,000,000 fl. aus den baren Kassenresten zur Deckung der Erfordernisse für 1873 herangezogen werden.

Die Staatseinnahmen belaufen sich also auf 382,760,000 fl., das Gesamtfordernis auf 379,300,000 fl., was mithin, wenn nicht unerwartete Calamitäten eintreten, einen Ueberschuß von 3,460,000 fl. ergäbe, der auf das Jahr 1874 übertragen werden kann.

Zwar sei das Erfordernis für 1873 um 25 Millionen gestiegen, insbesondere durch starke Posten für Schuldentilgung und durch außerordentliche Ausgaben aus Anlaß der Weltausstellung, nichtsdessenungeachtet werde mit alleiniger Heranziehung der für das Jahr 1872 bestimmten außerordentlichen Einnahmen ohne neuerliche Inanspruchnahme des Staatskredits das Auslangen gefunden, ja sogar für das Jahr 1874 noch ein Saldo erübrigt werden können. Es sei daher kein düsteres Bild, in welchem sich unsere Finanzlage zeigt, und umso mehr, wenn man dieselbe dem Staatsrechnungsabschlusse des vergangenen Jahres gegenüberhält.

Der Rechnungsabschluß pro 1871 habe mit einem Ueberschuße von 9 Millionen geschlossen, und dieser Ueberschuß sei nicht etwa auf Rechnung außerordentlicher Einnahmen, sondern auf die in erfreulicher Weise alljährlich steigenden direkten und indirekten Steuern zu stellen, welche sich in den Jahren 1868 auf 1869 um mehr als 3, von 1869 auf 1870 um mehr als 5, von 1870 auf 1871 um mehr als 7, von 1868 bis 1871 um mehr als 16 Prozent gesteigert haben.

Wenn man auch nicht hoffen dürfe, daß diese Stei-

gerung in gleichmäßiger Progression sich wiederholen werde, so könne man doch, wenn die absolut gebotene Sparsamkeit in allen Zweigen des Staatslebens eingehalten, die Reform der Steuern, deren Ziel nicht ihre Erhöhung, sondern nur ihre gleichmäßige Vertheilung sei, durchgeführt werde, mit Recht einem endlichen Gleichgewichte im Staatshaushalte entgegensehen.

Auf diesem nüchternen und ungekünstelten, aber die Sicherheit des dauernden Erfolges gewährenden Wege werden wir auch die Heilung jener schweren Wunde erreichen, welche nun seit fast einem Vierteljahrhundert die freie Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens empfindlich hindert.

Das Exposé wird wiederholt von Beifall unterbrochen, der sich am Schlusse erneuert.

Abg. Plener beantragt, sofort die zweite Lesung des Gesetzes über die Forterhebung der Steuern bis Ende März 1873 vorzunehmen. Der Antrag wird genehmigt, das Gesetz angenommen.

Die Ergänzungswahlen für die Ausschüsse werden vorgenommen, das Scrutinium erfolgt durch das Bureau. Die Anträge des Finanzausschusses, betreffend den Bericht der Staatsschulden-Controllcommission vom Jahre 1872, der unter Anerkennung der Gründlichkeit, Gewissenhaftigkeit und aufopfernden Hingebung der Commission zu Kenntnis genommen wird, werden ohne Debatte genehmigt.

Zur Berathung des Rekrutengesetzes wird die Niederlegung eines aus neun Mitgliedern bestehenden Ausschusses beschloffen.

Die Sitzung wird um 1 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Dienstag.

## Die Colonistenfrage in Ungarn

Ist nach Ansicht des „Ang. Lloyd“ nur eine Frage der Staatsraison, nicht aber eine Rechtsfrage. Nichtsdestoweniger anerkennt er, daß der große Grundbesitz von Ungarn nun des staatlichen Friedens willen sich zu einem Opfer verstanden hat, das in der Geschichte anderer Völker nur wenig seinesgleichen hat. „Gleichzeitig aber“ — so schreibt das Blatt — „muß endlich mit jenem sozialistischen Geiste gebrochen werden, der absolut keine Achtung hat vor alten und wohlverordneten Privatinteressen. Es ist in der Angelegenheit der Colonistengemeinden auf der Rednerbühne und in der Presse in sozialistischer Phrase so viel gesündigt, die Geister sind so verwirrt, die Leidenschaften sind so erregt worden, daß es gefährlich wäre, die Sache auf die Spitze zu treiben. Würden die Hoffnungen derer getäuscht, die sich schon als kleine Grundbesitzer geträumt haben, so wären bedenkliche Bewegungen zu befürchten, unter welchen der große Grundbesitzer nicht weniger leiden würde, wie der gegenwärtige Arbeiter, und für welche nicht diejenigen verantwortlich zu machen wären, welche dabei direct als Schuldige erscheinen, sondern diejenigen, welche mit ihrer Leidenschaft ein frevelhaftes Spiel getrieben haben. Aber ein „Bis hieher und nicht weiter“ muß endlich den sozialistischen Volksbeglückern zugerufen, der Grundsatz muß endlich proclamirt werden, daß niemand fortan etwas zu erwarten habe auf Kosten des anderen, auch wenn dieser andere der Reichere ist, daß der Staat ihm nichts gewähre, als die Freiheit der Arbeit, und nichts sicherstelle, als die Früchte dieser Arbeit.“

„Hon“ bespricht ebenfalls das Colonistengesetz und tadelt, daß die Frage vom rein privatrechtlichen Gesichtspunkte aus beurtheilt wurde. Hier müssen die höheren staatswirtschaftlichen und sozialen Momente in Betracht kommen.

## Bur Vertretung in Rom.

Der wiener Correspondent des „P. Lloyd“ bringt nachstehendes Communiqué:

„Meist italienische, theilweise aber auch andere Blätter beschäftigen sich seit einiger Zeit angelegentlich mit der andauernden Abwesenheit des österreichisch-ungarischen Botschafters am heiligen Stuhl von seinem Posten, und neuestens hat sich namentlich die Meldung stark accreditirt, der heilige Vater habe sich bebauernd oder beschwerend desfalls nach Wien gewendet; ob das wiener Cabinet bloß ausweichend oder geradezu ablehnend geantwortet, darüber gehen die Nachrichten auseinander; zunächst mag constatirt werden, daß Baron Kübeck wirklich ein kranker Mann ist und daß man das in Rom sehr genau weiß, also über die Veranlassung seiner Amtsenthaltung nicht im Zweifel sein kann. Wenn es aber schwerlich üblich und zulässig ist, die sofortige Ersetzung eines Diplomaten zu erwarten oder zu begehren, so wird man auch im gegebenen Falle kaum glauben können, daß die Curie in dieser Richtung Schritte gethan, wenn es gleich richtig sein mag, daß sie gerade unter dem augenblicklichen Verhältnisse Werth darauf legt, das bei ihr beglaubigte diplomatische Corps möglichst vollzählig versammelt zu sehen und insbesondere den österreichischen Botschafter nicht darunter zu vermissen. Daß Herr v. Kübeck leidend, ist einfach ein Unglück und Rom muß sich darauf zu finden suchen. Die wenigen Geschäfte übrigen, welche Oesterreich mit dem Oberhaupt der Kirche zu erledigen hat, haben unter der Abwesenheit des Botschafters noch nicht gelitten, und das ist die Hauptsache, vielleicht nicht für Rom, aber für Oesterreich.“

## Der Rücktritt des Fürsten Bismarck

von dem Präsidium des preussischen Staatsministeriums wird in mehreren Blättern in nahe Aussicht gestellt. Die „Spener'sche Ztg.“ widmet diesem Gerüchte eingehende Besprechung, der wir nachfolgende Stelle entnehmen:

„Auswärtigen Blättern wird von Berlin aus die überraschende Nachricht telegraphirt, daß Fürst Bismarck beabsichtige, das Präsidium des preussischen Staatsministeriums niederzulegen. Wir würden diese Nachricht gern in das Reich der Phantasie verweisen, wenn die Quelle, aus der sie zu stammen scheint, uns dies gestattet. Mag die Fassung jener Neuigkeit einseitig und zu kategorisch sein, mag sie das, was als mögliches Resultat aus den Verhandlungen hervorgehen kann, welche nach der Rückkehr des Fürsten gepflogen werden sollen, bereits als Thatsache hinstellen, so viel scheint gewiß, daß der Reichskanzler die Frage über das Verhältnis zwischen Reichsregierung und dem preussischen Staatsministerium aufgeworfen hat und daß er das Bedürfnis fühlt, sich von den preussischen Geschäften in der Weise, wie sie ihm bis jetzt oblagen, mehr als bisher freizumachen.“

Die „National-Zeitung“ jedoch bezeichnet diesen Rücktritt als unwahrscheinlich. Das genannte Blatt schreibt:

„Die Nachricht ist höchst unwahrscheinlich, einmal, weil der Ministerpräsident viel zu tief in die preussische Kirchenpolitik sich eingelassen hat, um sich jetzt von ihr zurückziehen zu können, und dann, weil Fürst Bismarck jene Nachricht nur wahr machen könnte, wenn er frühere, sehr entschieden gethane Aeußerungen ebenso unumwunden desavouierte. Man wird sich seiner Rede im Reichstage erinnern, in der er ausführte, daß er es sich nicht anders denken könne, als daß Reichskanzleramt und preu-

## Feuilleton.

### Kurfürstin und Hofdame.

Historische Novelle von Albert Höfer.

(Fortsetzung.)

Jetzt war Maria allein, unter fremden Menschen — ganz allein. Unter heißen Thränen und Klagen über die Härte der Kurfürstin hatte sie Abschied von ihrer alten Amme genommen und ihr versprochen, nicht länger als ein Jahr am Hofe zu bleiben.

„Halte nur alles bereit, Gertrude,“ hatte sie gesagt, „wenn ein Jahr um siehst du mich wieder auf Schloß Degenfeld, dann aber werde ich nie mehr von dort gehen. Der eine Tag hat mich von all meinen kindischen Hoffnungen auf ein glänzendes Loos, meiner Vergnügungssucht befreit — ich habe einen Blick in das Hofleben geworfen, obgleich ich erst wenige Stunden hier bin. Für mich gibt es nur einen guten Genius am pfälzischen Hofe — der Kurfürst.“

Tagelang befand sich die junge, lebensfrohe Maria in der alleinigen Gesellschaft der Frau Kurfürstin, und sie athmete dann wohl erleichtert auf, wenn der Kurfürst auf kurze Zeit im Gemache seiner Gemahlin erschien, um den Faden der Unterhaltung aufzunehmen.

Aber diese Besuche waren äußerst selten, denn die Kälte der Kurfürstin ließ selbst ihren Gemahl ihre Gesellschaft nicht suchen, und die zunehmende Spannung

zwischen beiden Gatten konnte Maria nicht verborgen bleiben.

Sie bemitleidete den Kurfürsten, dessen melancholisch ernstes Auge oft forschend auf ihr ruhte, wenn sie im Gemache seiner Gemahlin an dem Strickrahmen saß und so emsig arbeitete, um ihrer Gebieterin keinen Anlaß zur Unzufriedenheit zu geben. Dann war es ihr, als ob sie seinen Blick fühlte, und sie erröthete bis unter die Haarwurzeln.

Die Liebe der Kurfürstin Charlotte hatte Maria sich nicht zu erwerben verstanden, man durfte viel eher sagen: wohl aber deren Abneigung.

Wodurch, das wußte niemand, denn Maria mit ihrem sanften, kindlichen Wesen eroberte sich im Sturm alle Herzen — vom untergebeusten Diener bis zu dem galanten Ritter, der ihr seine Huldigungen darbrachte, — ja, selbst bis zu dem Kurfürsten. Die unermüdlige Geduld und Sanftmuth, womit Maria die Launen ihrer Herrin ertrug, machte sie in den Augen des letzteren zu einer Märtyrin, und oftmals suchte er eine Gelegenheit, um ihr ein freundliches, tröstendes Wort zu sagen. Bei den Hoffestlichkeiten bemerkte man ihn häufig an der Seite des schönen Hoffräuleins, und gar manchen wollte es dann bedünken, als verlöre Karl Ludwigs Gesicht seinen melancholischen, trüben Ausdruck und seine Augen strahlten helle — böse Zungen behaupteten sogar, der Kurfürst betrete nur am Morgen die Gemächer seiner Gemahlin, wo Fräulein von Degenfeld zum Dienste berufen sei.

Solche Gerüchte erreichten auch nur zu bald das Ohr der Frau Kurfürstin, und es bedurfte derselben nicht

einmal mehr, ihren Argwohn zu erwecken. Sie hatte längst eingesehen, daß sie im Begriffe stand, das zu verlieren, was sie so wenig geschätzt und sich zu erhalten gesucht hatte — die Liebe ihres Gemahls.

Der Kurfürst hatte die schöne, stolze Charlotte, Landgräfin von Hessen-Kassel, geliebt, aber ihr genügte nicht die Liebe allein, auch geehrt wollte sie sein, und zwar nicht als die Frau des Kurfürsten, sondern als seine Mitregentin, als diejenige, von der das Wohl und Wehe des Landes abhängig sei.

Anfangs hatte sie mittheilig die Achseln gezuckt, wenn sie die zarte, ätherische Gestalt ihrer stolzen, majestätischen gegenüberstellte und sie daran dachte, ob dieses Kind ihr als Nebenbuhlerin gegenübertreten könnte.

Aber nur zu bald bemerkte sie, wie Maria die Helden des Tages war, wie die Herren des Hofes nach einem Lächeln von ihrem Lippen haschten, hörte das Rühmen der Schönheit, Lebenswürdigkeit und Anmuth des Hoffräuleins und sah endlich mit dem scharfen Auge der Eifersucht, wie der Kurfürst nur ihre Nähe suchte, um seine Augen bewundernd auf Maria ruhen zu lassen.

Da dämmte sich ihr verwundeter Stolz hoch auf und sie schwor, sich an Maria für die erlittene Niederlage zu rächen. Nun aber begann Charlotte darüber nachzudenken, ob es sich denn nicht der Mühe verlohnt habe, sich die Liebe ihres sanften, edlen Gemahls zu bewahren, und seufzend mußte sie ihre Fehler eingestehen.

Sie wollte wieder gut machen — allein zu spät. Was sie durch das veränderte Benehmen ihrem Gemahl gegenüber gewann, verlor sie wieder durch die Härte, womit sie Maria behandelte.

tsche Ministerpräsidentenschaft immer in einer Hand vereinigt sein müssen. Diese Ansicht hat sicherlich nicht die Bedeutung eines für alle Zukunft geltenden Axioms, aber wie die Verhältnisse und die Reichsverfassung jetzt liegen, hat sie ganz gewiß ihren guten Grund. Die Complicirtheit und Verwirrung unserer oberen Reichs- und Staatsverhältnisse würde sicherlich durch eine Trennung von Reichs- und Staatspräsidium wachsen, und wir haben allen Anlaß, aus der Verwirrung und Unfertigkeit lieber hinauszustreben. Jene Verwirrung aber würde vermindert werden, wenn endlich einmal unsere seit 1866 perennierende Ministerkrise zum Abschluß und unser Ministerium zu einem gleichartigen Aussehen käme."

## Ueber die Krise in Frankreich

berichtet die „Wiener Abendpost“, daß die Discussion über die Petition zur Auflösung der französischen Nationalversammlung fortbauert. Es handelt sich selbstverständlich nur um die Petitionen, welche schon vor längerer Zeit eingereicht wurden, nicht um die, welche man in den letzten Tagen unterzeichnete. Die Commission, welche die bereits vor längerer Zeit eingereichten Auflösungspetitionen zu prüfen hatte, verlangt, daß man betreffs derselben zur Tagesordnung übergehe; die Linke soll beantragen wollen, dieselben an die Defaure-Commission zu verweisen, während ein Theil der Rechten dem Petitionieren durch die Annahme einer Tagesordnung, welche die Auflösung der Versammlung bis zum Tage hinauschiebt, wo die Befreiung des Territoriums eine vollständige ist, ein Ende machen will.

Der officiöse „Vien public“ bezeichnet die Agitation zugunsten der Auflösung als ungelegen und sagt in betreff der Haltung der Regierung: „Die Regierung steht außerhalb der Debatte; höchstens kann sie ihre Meinung abgeben. Was ihr Auftreten anbelangt, so ist es sehr einfach und von den Gesetzen vorgezeichnet. Die Regierung hat die Pflicht, das Petitionsrecht zu achten und ihm Achtung zu verschaffen; sie muß gleichfalls dem Gesetze Achtung verschaffen und jeder Verleumdung gegen den Souverain, welcher die Versammlung ist, entgegen treten; so will es das Prinzip. Was die Praxis anbelangt, so kann sie das Petitionieren an öffentlichen Orten und für die Versammlung beleidigende Petitionen nicht dulden; sie kann nicht gestatten, daß die General- und die Gemeinderäthe Petitionen unterzeichnen. Außerhalb dieser speziellen Fälle muß das Petitionsrecht geachtet werden. Nichts ist einfacher und klarer. Wenn das Petitionieren durch die Samstagdiscussion nicht zum Stillstand gebracht wird, so wird es zum wenigsten stattfinden, ohne daß es die Ruhe und Sicherheit so wie die Geschäfte stört. Die Regierung wird einen neuen Beweis von ihrer Achtung vor dem Gesetz und von ihrer Festigkeit, insofern es die Ausübung ihrer Pflicht betrifft, so wie von ihrem aufrichtigen Liberalismus gegeben haben.“

## Politische Uebersicht.

Saibach, 16. Dezember.

Der „Pester Lloyd“ meldet, daß Ministerialrath Szende zum ungarischen Landesverteidigungsminister vorgeschlagen ist. — Das ungarische Abgeordnetenhaus nahm den Gesetzentwurf über die Indemnität an, nachdem die Opposition heftige Angriffe gegen die Regierung und namentlich gegen den abwesenden und durch Minister Tresfort vertretenen Finanzminister gerichtet und sich gegen die Annahme er-

klärt hatte. — Im Oberhause wurde der Postvertrag mit Montenegro angenommen. — Der Communicationsminister Lisza versprach betreffs des Antrages des Grafen Stepha Reglevich einen Plan des ungarischen Bahnezes möglichst bald vorzulegen. — Die von den 1. ungarischen Ministern des Innern und der Justiz behufs Verathung über die judicellen Punkte des hauptstädtischen Gesetzentwurfs eingesetzte Commission nimmt ihre Thätigkeit dieser Tage wieder auf. Der Ministerialrath Ribary wird einen im Sinne der von der Commission angenommenen Prinzipien ausgearbeiteten Entwurf vorlegen, welcher die Grundlage der sofortigen meritorischen Verathungen bilden wird. — Der 1. ungarische Ministerpräsident Szlavay wurde von den Kroaten ersucht, die ungarisch-kroatischen Verhandlungen wieder aufnehmen zu lassen, und versprach er, selbes in einigen Tagen, wo alles in Ordnung sein wird, zu veranlassen. — „Naplo“ nennt Inkey als künftigen kroatischen Banus.

Aus Frankreich registrieren wir nachstehende Neuigkeiten: Das linke Centrum beabsichtigt eine Tagesordnung zu beantragen, in welcher es sich in energischer Weise von den Radicalen losagt und sich gegen die Zweckmäßigkeit der Auflösung der Nationalversammlung ausspricht, indem es der Regierung überläßt, die Auflösung zur geeigneten Zeit zu beantragen. Die republikanische Linke ist entschlossen, die Auflösung weniger zu befürworten, wenn das linke Centrum die Politik der Botschaft unterstützt. — Die Dreißiger-Commission ist zusammengetreten. Marcel Barthe brachte einen neuen, die constitutionelle Frage betreffenden Antrag zur Verlesung, welcher die Verlängerung der Vollmachten Thiers, die Ernennung Grévy's zum Vizepräsidenten und eine theilweise Erneuerung der Nationalversammlung mit 15. Februar in Vorschlag bringt. — Die „Times“ meldet aus Paris: Die vierte Milliarde wird im Mai oder Juni gezahlt. Das Gerücht, daß Frankreich wegen früherer Befreiung des Gebietes Verhandlungen eröffnen soll, ist unbegründet.

63 Nationalräthe stellten den Antrag, der schweizerische Bundesrath soll in der nächsten Session im Juli einen Bericht und Antrag betreffs Wiederaufnahme der Bundesrevision vorlegen. Die liberalen katholischen Nationalräthe stellten den Antrag, der Bundesrath soll die gegen die Uebergrieffe der römischen Curie zu ergreifenden Maßregeln und die Frage der ferneren Nichtanerkennung des päpstlichen Nuncios prüfen und hierauf bezügliche Anträge vorlegen.

Die „Voce della Verità“ versichert, daß die von mehreren Journalen gebrachte Nachricht vollständig falsch sei, daß der heilige Stuhl beim wienener Hofe Schritte gemacht hätte, daß ein neuer Gesandter für Rom ernannt werde. — Aus dem Vatican theilen die „Italienischen Nachrichten“ mit: „Pio IX. ist endlich zu der Einsicht gekommen, daß sich die Ideen über die katholische Kirche in beinahe allen europäischen Staaten in letzter Zeit wesentlich umgestaltet haben, und er will deshalb der neulich von neuem ausgesprochenen Drohung, Rom zu verlassen, wenn der Gesetzentwurf über die religiösen Körperschaften angenommen werden sollte, keine Ausführung folgen lassen. Cardinal Antonelli, welcher von einem Diplomaten über diesen Punkt befragt wurde, hat ganz bestimmt erklärt, daß der Papsi gar nicht mehr daran denke, Rom zu verlassen.“

Ruiz Zorilla spricht in den Cortes Aufklärungen über die Ursachen der Unruhen in Madrid; er verteidigt die Nothwendigkeit von Reformen in den Colonien und theilt mit, daß die Anleihe dreimal gezeichnet worden sei; das Einnahmenbudget wird mit 155 gegen 47 Stimmen genehmigt. — Im Congresse bestätigt der Finanzminister, daß alle rückständigen Zinsen der Staatsschuld im Laufe dieses Monats ausgezahlt werden.

Eine Depesche aus Constantinopel meldet, daß die türkische Regierung Mittel und Wege vorbereite behufs Unificierung der Staatsschuld durch Convertierung der auswärtigen Anleihen in eine allgemeine Schuld unter Aufhebung der Garantien der Amortisirung.

Am 13. d. wurde in Athen das königliche Decret veröffentlicht, durch welches die Kammer aufgelöst und die neue Kammer am 14. Februar 1873 einberufen wird. Präsident Grant hat die Ernennung des Negers Pinchbeck zum Gouverneur des Staates Louisiana ratificiert. Man schreibt dem Präsidenten die Absicht zu, eine Proclamation zu erlassen, worin er die gegenwärtige Legislatur von Louisiana als die gesetzliche Vertretung des Volkes erklärt und ausgiebige Hilfe verspricht um diesen Staat gegen Bergewaltigung und Unruhen zu schützen.

Nachrichten aus Mexiko melden, daß Präsident Lerdo in seiner Antrittsbotschaft eine freundschaftliche auswärtige Politik ankündigt und den Wunsch nach Wiederherstellung der Verträge ausdrückt.

## Tagesneuigkeiten.

— Se. k. Hoheit Herr Erzherzog Karl Ludwig trifft Mittwoch in Görz ein und bezieht die „Villa Seiler.“  
— (Personenachrichten.) Ihre Excellenzen die Herren Kriegsminister Freih. v. Ruhn, Anton Graf Auers-

berg und k. k. Vizeadmiral Böck sind von Graz nach Wien abgereist.

(Berunterung.) Das Landesgericht in Wien veröffentlicht unterm 4. d. folgenden Steckbrief: „Heinrich Kleinert, Procuratürer der protokollierten Firma „Gebrüder Schmid und Comp.“, aus dem Canton Zürich gebürtig, bei 30 Jahre alt, groß, sehr kräftig mit ovalem, gesundfarbigem Gesichte, blonden struppigen Haaren, rötlichem Vollbarthe, platter ziemlich großer Nase, guten Zähnen, deutsch, spanisch und französisch sprechend, ist des Verbrechens der Berunterung eines 200.000 fl. übersteigenden Betrages rechtlich beschuldigt und seit 28. v. M. von hier flüchtig, demnach festzunehmen und anher einzuliefern.“

(Das Generalstabswerk über den Krieg 1859 in Italien) wird demnächst erscheinen. Der erste Band umfaßt die Ereignisse von der Eröffnung der Feindseligkeiten bis nach der Schlacht von Magenta. Für Armeeangehörige (Offiziere von der Linie, der beiden Landwehren, der Reserve und des Ruhestandes), welche den ersten Band im Wege der Truppen Commanden oder direct beim Generalstabs-Bureau für Kriegsgeschichte bestellen, ist der ermäßigte Preis von 5 fl. ö. W. festgesetzt worden. Vom 1. Februar 1873 an kann derselbe nur mehr im Buchhandel zum Preise von 9 fl. bezogen werden.

(Sterbefall.) In Cilli starb der hochw. Herr Mathias Bodusel, infulirter Abt, Consistorialrath, Dechant und Stadtpfarrer seit 1846, im 71 Lebensjahre.

(Seltene hohes Alter.) Vor einigen Tagen starb in Fünfkirchen eine Frau namens Katharina Prose, welche gerade an dem Tage geboren wurde, an welchem Kaiser Josef II. den Thron bestieg.

(Große Wallfahrt.) Dem „Univers“ wird telegraphirt, daß „40.000 Personen“ an der Wallfahrt nach St. Anne d' Ausoy in der Bretagne theilgenommen und in der „11-Uhr-Messe 25.000 Personen“ communicirt haben.

## Locales.

Zur Mandatsniederlegung des Handelskammerpräsidenten B. C. Supan.

Herr B. C. Supan hat, wie bekannt, in der Landtagsitzung vom 7. d. M. sein Mandat als Landtagsabgeordneter niedergelegt; er hat, um den hin und wieder aufgetauchten Mißdeutungen über die Beweggründe zu diesem Schritte zu begegnen, nach Schluß der am 13. d. M. stattgefundenen Sitzung der krainischen Handels- und Gewerbetammer seinen Wählern ein Schreiben vorgetragen und überreicht, von dem wir Akt nehmen und dessen vollen Inhalt wir wegen seiner Bedeutung hier reproducieren wollen:

„Ich habe in der Landtagsitzung vom 7. l. M. mein Mandat niedergelegt und halte mich für verpflichtet, die Gründe dieses Schrittes meinen B. T. Herren Wählern bekannt zu geben.“

Es handelte sich, wie bekannt, in den letzten Momenten der heurigen Landtagsession um die Entsendung einer allerunterthänigsten Adresse an Se. k. k. Apost. Majestät unsern allerdurchlauchtigsten Kaiser und Herrern.

Ich war im Prinzip mit der Entsendung einer derlei Denkschrift und der Einbringung des betreffenden Antrages einverstanden.

Der Entwurf sowie die Adresse selbst kamen, so viel mir bekannt ist, in keiner Klubitzung zur Abstimmung, ward hingegen von der Majorität des zur Prüfung derselben vom Landtage ernannten Ausschusses ohne Aenderung angenommen.

Dies versetzte mich auf den Standpunkt, da ich zur Zeit der Landtagswahl mein Versprechen abgegeben hatte, nicht gegen die Parteigenossen zu stimmen, als Ehrenmann mein Mandat niederlegen zu müssen.

Die vom Ausschusse acceptierte Adresse enthält unter anderem einen Appell an die Fundamentalartikel.

Die Fundamentalartikel schienen ursprünglich die Hoffnung zu rechtfertigen, daß sie eine Basis zur Erzielung des inneren Friedens in Cisleithanien bilden könnten.

Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Der Grund hiesfür liegt notorisch in den extremen Forderungen, von welchen abzulassen die Czechen nicht vermocht werden konnten.

Durch diese Thatsache wird nach meiner Ansicht die bermalige Anrufung der Fundamentalartikel zum Anachronismus.

Um nur Eines zu erwähnen, was Krain besonders angeht, enthielten die Fundamentalartikel hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung des Finanzwesens einen für unser armes Land, andern reichern Provinzen und namentlich Böhmen gegenüber, sehr bedenklichen Punkt, den überwinden zu wissen mit mir jeder Patriot einverstanden sein darf.

Der Friede wird hoffentlich in unser Völkerverleben rückerkehren, jedoch nach meiner Ansicht nicht durch passiven Widerstand, sondern durch das Zusammenwirken aller berechtigten gesetzlichen Factoren.

Die directen Wahlen, gegen die die Adresse ankämpft, erschienen mir schon lange, bevor sie von dem Ministerium an die Tagesordnung gebracht wurden, als ein Mittel, um das parlamentarische Leben Cisleithaniens zu sichern; den Reichsrath in Vertretung des Reiches von den Landtagen unabhängig zu machen; die Unantastbarkeit der Reichseinheit und der Gesamtinteressen aufrecht zu erhalten, eben hiedurch andererseits eine größere Autonomie der Länder

nach dem Principe: „gibt dem Reiche, was des Reiches, und dem Lande, was des Landes ist“, zugleich eine eingehendere, umfangreichere Behandlung der Localinteressen derselben seitens der Landtage zu ermöglichen und die Volksrechte durch ein höchwichtiges Befugnis zu erweitern.“

(Aus dem Vereinsleben.) Der Verein zur Unterstützung armer Realpfortler hielt am 14. d. abends seine Jahresversammlung. Wir entnehmen dem vorgetragenen Rechenschaftsberichte über das fünfte Vereinsjahr, daß der Verein gegenwärtig 118 Mitglieder zählt; die Bibliothek enthält 334 Lehrbücher und Atlanten, woraus 41 Schüler mit den erforderlichen Büchern versehen wurden. Desgleichen wurde eine große Anzahl Schüler mit Schreib- und Zeichenrequisiten theils, andere erhielten Kleidungsstücke und wieder andere durch Vermittlung des Vereines Kosttage und Instructionen. Die namhaftesten Geschenke erhielt der Verein von der k. k. böhmischen Sparkasse mit 300 Gulden und 50 Gulden vom Reinertrage der Bürgerkränzchen. Die Einnahmen betragen 783 fl. 96 kr., die Ausgaben 732 fl. 88 kr., somit sich ein Casserest von 51 fl. 8 kr. ergibt. Das Vereinsvermögen befreit sich bereits auf 1639 fl. 8 kr. In den Ausschuss wurden als Obmann: Director Dr. Mrhal, als Stellvertreter: Prof. Dr. A. Suppan, als Kassier: Prof. Dipl. als Secretär: Prof. Wasler, dann die Herren: Prof. Finger, Dr. Schaffer und E. Terpin; endlich zu Revisoren die Herren Bresniz und Jagodiz gewählt. Dem um den Verein sehr verdienten früheren Obmann, Herrn Landes-Schulinspector Pirker, der eine Wiederwahl nicht mehr annehmen zu können glaubte, wurde einhellig der Dank des Vereines votiert. Schließlich können wir nicht umhin, diesen höchst wohlthätigen und wahrhaft segensreich wirkenden Verein der allgemeinsten Unterstützung aufs wärmste zu empfehlen.

(Bei Molkereiausstellung in Wien) — am 15. d. — wurden drei Aussteller aus Krain mit Prämien theils, u. z. die Herren Rabic aus Wald bei Kronau und Ritter von Gutmannsthal-Beneventi mit je einer silbernen Medaille für Käse und Herr Wucherer in Rečič bei Beldeš für Schmalz mit einer bronzenen Medaille.

(Die Subscription) auf Actien der k. k. priv. Eisen- und Blechfabriks-Gesellschaft „Union“ findet heute auch bei der hiesigen Filiale der steiermärkischen Escomptebank statt.

(Ein Schadenfeuer.) brach am 27. v. M. im Weinkeller des Grundbesizers Franz Udoel in Somite, Bezirk Rudolfswerth, aus, wodurch das bezeichnete Kellerhaus nebst einem 40 Eimer haltenden Weinfasse verbrannten. Der Schaden beträgt 150 fl. und war nicht versichert. Dem Vernehmen nach soll das Feuer durch unvorsichtiges Spielen zweier Knaben mit Zündhölzchen entstanden sein.

(Theaterbericht vom 16. d.) „Die Waife von Lowood“ ist ein auf hiesigem Plage bereits wohlbekanntes Bühnenwerk, wodurch sich der schwache Besuch des Hauses ausläßt. Frühe in Brand gab die Titelfrolle mit vielem Fleiß; in jenen Szenen, in welchen „Jeane Eyre's“ eiserner Charakter mit den Gefühlen der ersten heißen aber anspruchlosen Liebe in Kampf geräth, war sie vortrefflich; Beifall und Hervorrufe waren der Lohn der gutdurchgeführten Rolle. — Herr Röder (Rochester) war seiner Rolle wohl nicht total sicher, aber seine Leistung, namentlich in den ersten Szenen der zweiten Abtheilung kann als eine recht gute bezeichnet werden. Herr Röder erhielt Beifall und Auszeichnungen durch Hervorrufe. — Diesen Trägern der Hauptpartie zunächst müssen wir die Darstellung der „Mistress Sarah Nib“ durch Frau Kozky als eine hervorragende, mit Beifall und Hervorwurf begleitete betonen. Der kleine Louis (Abel) war recht nett, trat couragiert in Szene; auch er wurde mit Beifall und Hervorwurf belohnt.

(Berichtigung.) In das überwachende Gewerbeschul-Comité wurde nicht Anton Weiß, sondern Herr Anton Soajz gewählt.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte in Laibach.) Am 18. Dezember. Johann Rinc: schwere körperliche Beschädigung; Anton Herovatin: Diebstahl. — Am 19. Dezember. Anton Korobil: Diebstahl; Jakob Stuz: Majestätsbeleidigung; Mathias Kočar: schwere körperliche Beschädigung; Johann Eleuc: Majestätsbeleidigung. — Am 20. Dezember. Johann Klembas und Anton Hočvar: schwere körperliche Beschädigung; Bartlma Smolej: öffentliche Gewaltthätigkeit; Josef Korac: schwere körperliche Beschädigung; Rainer Mikibel: Diebstahl. — Am 27. Dezember. Valentin Kuncic: Diebstahl; Bartlma Straba: Diebstahl; Franz Balciu: schwere körperliche Beschädigung; Matthäus Vočnikar: Diebstahl; Johann Schwiz: Veruntreuung; Andreas Cerl: Diebstahl; Josef Podjed: Diebstahl und Betrug; Valentin Perčan: Diebstahl.

(Das Weihnachtsfest) steht vor der Thür. Vor eintausend achthundert siebenzig drei Jahren wurde der König der Könige in einem Stalle zu Betlehem geboren. Die Christenheit feiert diesen Tag alljährlich im Tempel Gottes und im Familienkreise. Im Prunksaale der Fürsten, in der ärmlichen Hütte des Holzhauers prangt alljährlich am Weihnachtsabende der Christbaum, taghell beleuchtet mit hunderten von Kerzen, ausgestattet mit Christgeschenken aller Art. Für Eltern und Vormünder, für Ehegatten, Liebende und Freunde ist es bereits höchste Zeit, das Arrangement für Decoration des Christbaumes zu treffen und für entsprechende Weihnachtsgeschenke zu sorgen. Wir haben aus den Inseratentheilen der „Laib. Btg.“ und des „Laib. Tgbl.“ jene Firmen zusammengestellt und wollen sie hier nachfolgen lassen, die aus Anlaß des h. Weihnachtsfestes ihr Warenlager wohl ausgestattet und zum Verkaufe offeriert haben:

M. Bernbacher (Spitalgasse) liefert Sichtleidenen Waldwoll-Fabrikate und Präparate. Wer den Rheumatismus zu seinen Lebensfreunden zählt, der laufe!

F. Detter (Judengasse 231) führt ein großes Lager von Nähmaschinen. Wunderschöne kaufen gegen Ratenzahlungen.

M. Golob (Hauptplatz) expediert für Kranke: Malzpräparate, Sichtehe, Tincturen, Pulver, und für Gesunde: Rum, Bonbons, russischen Thee feinsten Sorte; von letzterem sollen selbst fünf Schalen angenehm zu schlürfen sein!

Bei E. J. Hamann (Hauptplatz) finden wir Seiden- und Wollstoffe zu Roben und Möbeln, Seiden- und Sammtbänder, Spitzen aller Art. Bräute und Nonnen können hier den Schleier nehmen; Männer, die Gardinenpredigten anhören müssen, erhalten Gardinen- und Vorhangquasten zu billigen Preisen.

In Jg. v. Kleinmayer & F. Bamberg's Buchhandlung (Congreßplatz) können Sie alte Klassiker, neue Volkschriften, prachtvolle Delfarben-Druck-Bilder und Delgemälde, Pracht- und Kunstwerke, Photographien, Bilderbücher, Musikalien, auch Kalender beziehen; wir erinnern die Frauen, im Kalender die Küchengelder genau verrechnen zu wollen!

Peter Lafnik serviert Delicatessen feinsten Qualität: Strachino, Gorgonzola, Fromage, Holländer; offeriert Extrawürste, schmackhafte Schinken und Zungen, fastige Orangen, candiertes Obst, Bisquits; er präsentiert uns dazu echten Röderer Champagner — gegen prompte Bezahlung; für Gourmands eine höchst pikante Revue!

In A. Popovic's Schnitt- und Modewaren-Etablissement (Hauptplatz) sehen Sie prachtvolle Mäntel, Mantillen, Jacken, Wintertücher, schwere Damenkleider u. a. Stoffe. Eine Augenweide ersten Ranges! Treten Sie ein, meine Damen, mit wohlgefülltem Portemonnaie!

(Fortsetzung folgt.)

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 16. Dezember. Grundzüge des Wahlreformentwurfes. Die Reichraths-Abgeordneten werden künftig unmittelbar durch die Wahlberechtigten in das Abgeordnetenhaus entsendet, die für jedes Land festgesetzte Abgeordnetenzahl wird unter die in den Landesordnungen enthaltenen Gruppen vertheilt. Die Abgeordnetenzahl wird um 120 erhöht; in der Gruppe des Großgrundbesizes und der Landgemeinden beträgt die Vermehrung je 50 pCt. der bisherigen aus diesen Gruppen entsendeten Mitgliederzahlen. Die Wahlbezirkbildung in der städtischen und Landgemeindengruppe ist fast ausnahmslos derartig, daß in jedem Wahlbezirk nur ein Abgeordneter zu wählen, in der Reihe nach der Landtagwahlordnung von 1861. In die städtische Gruppe der wahlberechtigten Städte, Märkte und Industrialorte werden für die Reichrathswahlen durch Volkszahl, Steuerleistung oder industrielle Bedeutung hierauf Anspruch verdienende Orte aufgenommen. Wer in einem Lande in einer Wählerklasse für den Landtag das Wahlrecht hat, ist daselbst auch für den Reichrath wahlberechtigt. Die Wahl erfolgt schriftlich mit absoluter Majorität, in den Landgemeinden durch ebenso gewählte Wahlmänner, in den anderen Wählerklassen unmittelbar. Ein in einem Lande Wahlberechtigter ist mit zurückgelegtem 30. Lebensjahre in allen im Reichrath vertretenen Ländern wählbar. Das Abgeordnetenmandat ist sechs-jährig; gewesene Abgeordnete sind wieder wählbar.

Wien, 10. Dezember. Die „Montags-Revue“ meldet, die Regierung werde demnächst Vorlagen betreffend der dalmatinischen Eisenbahnen, der Narentaregulierung und der Austrocknung der dalmatinischen Sümpfe einbringen.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 16. Dezember. Papier-Rente 66.30. — Silber-Rente 70.30. — 1860er Staats-Anlehen 103.25. — Bank-Actien 966. — Credit-Actien 334.50. — London 109.10. — Silber 107.80. — R. t. Münz-Ducaten —. — Napoleonsd'or 8.71

Angelkommene Fremde.

Am 15. Dezember. Elefant. Pul, Heller und Fürst, Pest. — Haidin, Agrant. — Eisner, k. k. Ministerialrath; S. Deutsch, Krauß, Binder und Paß, Wien. — Gorjup, Görz. — Knipp, Rfm., Offenbach. Stadt Wien. Graf Thurn, Besther, Radmannsdorf. — Glatz und Bollak, Handelsleute; Zwicko und Fischer, Kaufleute, Wien. — Belzel, Privat, Oberlaibach. — Papper, Steinamanger. Hotel Europa. Muneles N., Prag. — Molec N., Oblat.

Theater.

Heute: Zum Vortheile der Schauspielerin Sofie Kroska: Zum ersten male: Fernande. Pariser Sittenbild in 4 Akten, von Carbon.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Tag, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° Reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Windrichtung, Windstärke, Himmel, Temperatur des Bodens, Temperatur des Wassers, Temperatur des Schnees, Temperatur des Regens, Temperatur des Thaus, Temperatur des Fettes, Temperatur des Oeles, Temperatur des Quecksilbers, Temperatur des Zinns, Temperatur des Bleis, Temperatur des Kupfers, Temperatur des Eisens, Temperatur des Stahls, Temperatur des Platins, Temperatur des Goldes, Temperatur des Silbers, Temperatur des Zinns, Temperatur des Bleis, Temperatur des Kupfers, Temperatur des Eisens, Temperatur des Stahls, Temperatur des Platins, Temperatur des Goldes, Temperatur des Silbers.

Börsebericht.

Wien, 14. Dezember. Die Börse war in ihrem ersten Theile sehr unglücklich, da in Speculationspapieren eine sehr erstarke Contremine operierte. Später wendete sich die Aufmerksamkeit der Finanzlage zu und stieg Rente bis 67.90. Das bewirkte eine günstigere Haltung auf der ganzen Linie.

Large financial table with multiple columns: A. Allgemeine Staatsanleihe, B. Wiener Communalanlehen, C. Actien von Bankinstitutionen, D. Actien von Transportunternehmungen, E. Prioritätsobligationen, F. Wechsel, G. Privatloose, H. Staatsanleihen.